

Die Kultur des Küssens



Ein romantischer Kuss gilt vielen Menschen als Inbegriff der Zuneigung. Doch längst nicht in allen Kulturen hat sich diese besondere Form des Lippenbekenntnisses durchgesetzt. Das hat eine aktuelle Studie amerikanischer Wissenschaftler nun zutage gefördert, über die Arno Widmann sich Gedanken gemacht hat. FOTO: ROBERT DOISNEAU/TASCHEN Bericht Seite 20

Stumpfe Klinge



Hans-Ulrich Brandt über Korruption

Was lange währt, wird endlich gut. Naja, zumindest der erste Teil dieses Sprichwortes stimmt. Ob es dann wirklich gut wird, darf allerdings bezweifelt werden. Immerhin: Ein Anfang ist gemacht, denn lange, viel zu lange, hat es gedauert, bis endlich eine Gesetzeslücke korrigiert wird, die nur für Kopfschütteln gesorgt hat. Künftig soll bei Korruption im Gesundheitswesen tatsächlich nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen werden.

Es ist in der Tat überhaupt nicht einzusehen, dass niedergelassene Ärzte nicht unter den Tatbestand der Korruption des Strafgesetzbuches fallen, angestellte Ärzte wegen Bestechlichkeit oder der Annahme von Vorteilen hingegen gerichtlich belangt werden können. Genauso steht es aber bisher im Gesetz.

Die Beseitigung dieses juristischen Unsinns hatte der Bundesgerichtshof bereits vor drei Jahren gefordert, doch der damalige Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) machte sich nur recht halbherzig an die Aufgabe, ersann neue Ungereimtheiten und scheiterte mit seinem Vorschlag letztlich am Widerstand im Bundesrat.

Inzwischen regiert die Große Koalition in Berlin, und Justizminister Heiko Maas (SPD) hat sich der Sache angenommen. Auch er wollte längst weiter sein, bereits für den Januar hatte er seinen Gesetzentwurf angekündigt. Nun liegt er endlich vor und räumt, so weit, so gut, mit dieser perfiden Unterscheidung auf.

Gut ist das geplante Gesetz damit aber noch lange nicht, denn die Klinge, die Maas damit den Akteuren im Gesundheitssystem in die Hand gibt – also den Patienten, Wettbewerbern, Ärztekammern, Berufsverbänden und den Kranken- und Pflegekassen – ist reichlich stumpf. Nur wenn sie einen Antrag stellen, dürfen Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelt. Fehlt dieser Anfangsverdacht, dürfen sie es nicht.

Patientenschutz und Kassen zweifeln daher, dass das Gesetz ausreicht. Immerhin geht es um viel Geld. Geschätzte 18 Milliarden Euro gehen der gesetzlichen Krankenversicherung jährlich durch Korruption verloren. Das sind keine Peanuts. Bericht Seite 4

KOPF DES TAGES

Simone Menne



Als Finanzchefin der Lufthansa gehört Simone Menne zur Minderheit der Frauen, die einen Vorstandsposten in einem Dax-Konzern besetzen. Sie hatte zuvor schon mehr als zwei Jahrzehnte für die Lufthansa gearbeitet, bevor sie an die Spitze berufen wurde. An diesem Donnerstag wird sie die neuesten Geschäftszahlen der größten deutschen Fluggesellschaft vorlegen.

LOTTO

6 aus 49 18 25 30 37 39 44 5
Spiel 77 7 6 7 7 8 8 7 Super 6 * 2 0 1 2 3 0
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber 18° Nachts 10° Niederschlag 60%

Schauer lassen nach
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



Studenten wollen nach Bremen

Mehr als 56 000 junge Leute bewerben sich an den Hochschulen der Stadt / Lange Wartelisten für Wohnheime

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Der Studienstandort Bremen ist sehr beliebt: An den Hochschulen ist die Zahl der Bewerber zuletzt gestiegen oder gleichbleibend hoch geblieben. Die Hochschule Bremen (HSB) verzeichnet einen anhaltenden Bewerberansturm, an der Uni ist die Zahl derjenigen gestiegen, die ein Grundstudium beginnen wollen. Und auch an der Hochschule für Künste (HfK) und der Jacobs University Bremen (JUB) nahm die Zahl der Bewerber zu. Viele Abiturienten bewerben sich an der Uni sogar für mehrere Fächer gleichzeitig – das zeige den Willen, ein Studium unbedingt hier zu beginnen, schlussfolgert man auf dem Campus.

Rund 30 000 Absolventen haben sich bei der Uni für einen Bachelor oder ein juristisches Staatsexamen beworben. Für ein Grundstudium gingen mit 20 000 Bewerbungen rund 1000 Anträge mehr ein als im Vorjahr. Nur 4000 werden einen Platz bekommen. Besonders gefragt sind an der Uni die Fächer Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Psychologie und Grundschullehramt. Auch Geowissenschaften und Informatik werden beliebter.

An der Hochschule liegt die Nachfrage fast auf Vorjahresniveau: Für das Wintersemester gingen mehr als 15 800 Bewerbungen für bis zu 2184 Studienplätze ein. Die beliebtesten Fächer sind Soziale Arbeit, Betriebswirtschaftslehre und Tourismusmanagement. „Die Nachfrage ist auch deswegen bemerkenswert, weil die doppelten Abiturjahrgänge seit 2013 praktisch durch sind“, sagt Rektorin Karin Luckey. Die HSB übe eine Magnetfunktion aus und trage dazu bei, dass Bremen eine wachsende Stadt bleibe. „Auch die Zahl ausländischer Studierender unter den Bewerbern steigt“, sagt Luckey. Die Rektorin erinnert daran, dass es an der HSB viele bundesweit einmalige Studiengänge gebe. Zudem seien unter den Bewerbern inzwischen verstärkt junge Leute, die nach der Berufsausbildung ein Studium beginnen. Die Hochschule öffne sich gerade noch mehr für Studierende ohne Abitur.

An der privaten Jacobs University Bremen (JUB) in Grohn bewarben sich bis An-

fang Juli mehr als 1600 junge Leute – das sind etwa 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Auch in Niedersachsen hat die Studierendenzahl einen neuen Höchststand erreicht. Zuletzt waren mehr als 191 000 Menschen eingeschrieben. Bremen und Niedersachsen folgen einem bundesweiten Trend: In Deutschland waren knapp 2,7 Millionen Studenten eingeschrieben – so viele wie nie zuvor.

Auffällig ist: Unter den besonders beliebten Studiengängen in Bremen sind mehrere der von Schließung bedrohten Fächer. An der Uni ist Psychologie sehr gefragt, an der HSB Tourismusmanagement. Beide Fächer sind durch einen Prüfauftrag in Gefahr, auch wenn über eine Schließung nicht diskutiert wird. An der Hochschule sind mit Journalistik und Volkswirtschaftslehre zwei von fünf bedrohten Fächern bereits in Schließung begriffen: Es wurden keine neuen Bewerbungen mehr angenommen.

Mit den Zulassungen, die Bremens Hochschulen nun erteilen, beginnt für die Studienanfänger auch die Suche nach einer

Wohnung. Derzeit stehen bereits 600 Namen auf der Warteliste für einen Wohnheimplatz in Bremen, sagt Hauke Kieschnick vom Studentenwerk: „Bremen ist unterversorgt mit günstigem Wohnraum – für Studierende, die nur 250 Euro für Miete ausgeben können, ist die Lage extrem schwierig.“ Es gebe noch viel Handlungsbedarf bei Wohnheimen, sagt auch Jannick Sohn von Asta der Uni. Die Stadt dürfe den Bau von Studentenwohnungen nicht nur privaten Investoren überlassen, weil sonst häufig zu teure Wohnungen entstünden.

Derzeit gibt es 1900 Wohnheimplätze. Das Studentenwerk würde Kieschnick zufolge gerne 400 bis 500 zusätzliche Plätze schaffen. Doch es fehlt an Geld und an geeigneten Bauplätzen. Zuletzt scheiterte ein geplantes Wohnheim am Waller Wied. Der Bau von Wohnheimen stagniert in Bremen seit Jahren. Die letzten neuen Standorte entstanden 2006 und 2012. Nun gebe es Überlegungen, auf dem Campus an der Emmy-Noether-Straße ein neues Wohnheim zu bauen, sagt Kieschnick. Bei der HSB ist zudem ein Gebäude für Studenten-WGs und generationenübergreifendes Wohnen am Hohentorsplatz angedacht.



Karin Luckey
FOTO: FRANK KOCH

Zuversicht auf der Lloyd-Werft

Bremerhaven (kö). Soll der Großauftrag für fünf Kreuzfahrtschiffe kommen, wird sich der Investor aus Hongkong nicht mit einer Minderheitsbeteiligung an Bremerhavens Lloyd-Werft zufrieden geben, glaubt der Betriebsratsvorsitzende Daniel Müller. Die Arbeitnehmervertreter der Werft begrüßen ausdrücklich die Zukunftspläne und das Engagement von Crystal Cruises und dem Mutterkonzern Genting Group. „Wir haben in einigen Bereichen einen Investitionsstau. Aber andererseits ist auch schon viel vorbereitet worden mit Blick darauf, dass ein neues Großdock an der dann sanierten Bananenpier platziert werden soll“, so Müller. Alte Schuppen und Werkstätten sind bereits verschwunden und die Werft hat ein neues zentrales Tor

Mit dem Großauftrag würde man über Jahre Vollbeschäftigung erreichen und die Belegschaft sogar aufstocken können, meinen Müller und Bremerhavens IG-Metall-Chef Karsten Behrenwald unisono. Behrenwald rät der Werft, sich die Arbeitspakete genau daraufhin anzusehen, was man alles umsetzen kann: „Es sieht ja jetzt so aus, als sollten die Stahlarbeiten woanders gemacht werden, womit die Werft ja auch bereits Erfahrung hat. Aber in allen anderen Bereichen rechnen wir eigentlich mit einer Aufstockung der eigenen Kapazitäten.“ Wenn man in Bremerhaven in ein paar Jahren die Effekte aus den Milliardenauftrag nicht spüre „dann hätten wir ja wohl alles falsch gemacht.“ Bericht Seite 15

BREMEN Mehrere Nationen unter einem Dach 8

42 Männer, Frauen und Kinder leben seit April in einem Haus für mehrere Nationen und Generationen. Das Wohnprojekt trägt das Miteinander im Namen: Bunte-Berse-Komsu. Komsu heißt Nachbar auf Türkisch

WIRTSCHAFT Deutsch-französische Freundschaft 2 und 17

In Europa entsteht ein neuer Rüstungskonzern. Der deutsche Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann und die französische Nexter Systems fusionieren. Am Mittwoch wurden die Verträge unterschrieben.

SPORT Hoffnungsträger Manneh 21

Beim 7:0-Testsieg von Werder Bremen gegen den Wilhelmshavener SV hat er sich mit vier Toren in den Fokus gespielt: Ousman Manneh. Kann der Flüchtling aus Gambia sogar eine Hoffnung für die Bundesliga sein?

BREMEN Eckhoff fordert Senat zu Verzicht auf 9

Der CDU-Abgeordnete Jens Eckhoff, neuer und einstimmig gewählter Vorsitzender des parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschusses, hat in einem Gespräch mit dem WESER-KURIER betont, dass die bremische Haushaltskonsolidierung „auch mit Verzicht“ verbunden sei.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	19, 27	Rätsel & Roman	25
Fernsehen	26	Tipps & Termine	10
Lesermeinung	12	Veranstaltungsanzeigen	27

Einwanderung: Einigung in Sicht

Berlin-London. In die jahrelange Debatte um ein Einwanderungsgesetz kommt neue Bewegung. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Armin Laschet zeigt sich zuversichtlich, dass Union und SPD noch in dieser Wahlperiode einen Kompromiss finden werden. „Wir haben keinen fundamental ideologischen Streit. Es geht um pragmatische Lösungen“, sagte er am Mittwoch in Berlin. Auf das SPD-Angebot zu einem politischen Tauschhandel – das von SPD wie Grünen schon lange geforderte Einwanderungsgesetz gegen die von der Union verlangte Einstufung weiterer Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer – ging er nicht näher ein. Er verwies darauf, dass die CDU sich erst einmal bei ihrem Bundesparteitag im Dezember zu einem Einwanderungsgesetz positionieren müsse.

Unterdessen ist bei einem Fluchtversuch durch den Tunnel unter dem Ärmelkanal erneut ein Migrant ums Leben gekommen. Damit sind in den vergangenen Wochen bereits neun Flüchtlinge gestorben, die auf diesem Weg von Frankreich nach Großbritannien gelangen wollten. Auf der französischen Seite des Kanaltunnels hat Betreiber Eurotunnel in diesem Jahr 37 000 Fluchtversuche gezählt.

Im KURIER am SONNTAG vom 26. Juli hatten wir eine provokante Karikatur zum Thema veröffentlicht, die bei vielen Lesern Kritik ausgelöst hat. Unser Cartoonist Til Mette bezieht Stellung und beschreibt seine Beweggründe. Thema Seite 3